

Kapitel 1

Vertrauen in den Staat, Wirksamkeit des staatlichen Handelns und die Governance-Agenda

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.

Einführung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 begann, führte zu einem erheblichen Verlust an Vertrauen in den Staat. 2012 sahen im Durchschnitt nur vier von zehn Personen in den OECD-Mitgliedsländern ihre Regierungen als vertrauenswürdig an. Auf der Suche nach einem Weg zur wirtschaftlichen Erholung besteht die Herausforderung, der sich die Regierungen gegenübersehen, nicht nur in der Auswahl geeigneter Politikmaßnahmen, sondern auch in der Umsetzung dieser Maßnahmen. Die Fähigkeit zur Umsetzung ist indessen in entscheidendem Maße vom Vertrauen abhängig. Ohne Vertrauen in den Staat, die Märkte und die Institutionen ist es schwierig, Unterstützung für die notwendigen Reformen zu mobilisieren, insbesondere dann, wenn diese kurzfristig mit Opfern verbunden sind und der langfristige Nutzen weniger greifbar ist. Der starke Verlust des Vertrauens in den Staat macht deutlich, dass Vertrauen ein entscheidendes, aber oftmals vernachlässigtes Element erfolgreicher Politikgestaltung ist.

Sinkt das Vertrauen, so führt dies u.U. dazu, dass Regeln und Rechtsvorschriften seltener eingehalten werden. Die Risikoaversion von Bürgern und Unternehmen kann darüber hinaus zunehmen, was zu Verzögerungen bei Investitionen, Innovation und Beschäftigungsentscheidungen führt, die von entscheidender Bedeutung sind, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und das Wachstum wieder in Schwung zu bringen. Vertrauensfördernde Maßnahmen stellen daher eine Investition in die wirtschaftliche Erholung und das soziale Wohlergehen in der Zukunft dar. Vertrauen ist sowohl Input für Reformen des öffentlichen Sektors, der für die Umsetzung entsprechender Reformen unerlässlich ist, als auch Ergebnis solcher Reformen, da diese die für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen relevanten Einstellungen und Entscheidungen der Bürger und Unternehmen beeinflussen. Infolgedessen ist das Vertrauen der Bürger und Unternehmen in den Staat für eine effektive und effiziente Politikgestaltung von grundlegender Bedeutung – sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten. Vertrauensbildende Maßnahmen sollten als neuer und zentraler Ansatz zur Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts betrachtet werden und das Signal aussenden, dass die Regierungen Lehren aus der Krise ziehen.

Die Herausforderung, das Vertrauen zu bewahren, wird durch den rascheren und vielfältigeren Informationsfluss in der Gesellschaft verkompliziert, wie er z.B. durch die Zivilgesellschaft, das Internet und die sozialen Netzwerke erfolgt. Diese Umstände lassen darauf schließen, dass das Umfeld komplexer geworden ist, in dem der Staat das Vertrauen der Beteiligten aufrechterhalten muss. In diesem Umfeld sind eine gute Politikgestaltung und eine wirtschaftliche Erholung u.U. nicht ausreichend, um das Vertrauen wiederherzustellen, wenn die Bürger dem Politikgestaltungsprozess skeptisch gegenüberstehen und die Verteilung von Kosten und Nutzen als ungerecht wahrnehmen. Es ist von entscheidender Bedeutung, ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Faktoren das Vertrauen in den Staat fördern, um einen positiven Kreislauf zu schaffen, der mittelfristig Wirtschaftswachstum und Wohlergehen sichern kann.

Im vorliegenden Kapitel sollen die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in den Staat und den Politiken bzw. Institutionen der Staats- und Verwaltungsführung untersucht werden. Es wird darauf eingegangen, wie Vertrauen, und insbesondere Vertrauen in den Staat, definiert werden kann, wie es gemessen wird und auf welche Art und Weise es die Einstellungen und Reaktionen der Bürger auf staatliche Maßnahmen beeinflussen kann. Auf der Grundlage der verfügbaren Befunde wird in dem Kapitel erörtert, wie sich Vertrauen fördern lässt; ferner werden darin Möglichkeiten identifiziert, um Politikmaßnahmen verlässlicher, flexibler, offener, inklusiver und gerechter zu gestalten. Bei der Analyse handelt es sich um eine erste Untersuchung eines Themas, das in der Vergangenheit von Experten der Staats- und Verwaltungsführung, Volkswirten und Soziologen aus relativ unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet wurde. Auch wenn u.U. weitere Forschungsarbeiten erforderlich sein werden, um eine einheitliche Perspektive und belastbarere Schlüsse für die Politik zu ziehen, bietet das Vertrauen in den Staat bereits einen anderen Blickwinkel, aus dem die Staats- und Verwaltungsführung betrachtet werden kann – ein Blickwinkel, der den Wahrnehmungen der Menschen sowie der Art und Weise, wie diese ihre Reaktion auf Politikmaßnahmen und Reformen beeinflussen, weitaus größere Aufmerksamkeit zuteil werden lässt. Wenn sie die verschiedenen Dimensionen des Vertrauens verstehen, könnte dies die Politikverantwortlichen und die Analysten der Staats- und Verwaltungsführung daher stärker für die Erwartungen der Bürger sensibilisieren, damit sie diese flexibler berücksichtigen können.

Was ist mit Vertrauen in den Staat gemeint?

Vertrauen bedeutet, *eine positive Wahrnehmung* der Handlungen einer Person oder einer Organisation zu haben. Es handelt sich dabei um ein subjektives Phänomen, das im Ermessen des Betrachters liegt und dessen Bedeutung sich insbesondere danach richtet, in welchem Maße es das Verhalten beeinflusst. *Vertrauen in den Staat* bezieht sich auf die Zuversicht, mit der die Bürger davon ausgehen, dass „die staatlichen Stellen das tun, was richtig ist und als gerecht wahrgenommen wird“ (Easton, 1965). Es hängt von der Übereinstimmung zwischen den Präferenzen der Bürger – ihrer Interpretation dessen, was richtig und gerecht und was ungerecht ist – und dem wahrgenommenen tatsächlichen Funktionieren des Staats ab (Bouckaert und van de Walle, 2003). Da die Präferenzen der Bürger vielfältig sind, verwenden sie eine Vielzahl unterschiedlicher Kriterien, um die Maßnahmen/Ergebnisse des Staats zu bewerten. Was von einer Person als richtig und gerecht betrachtet wird, wird von einer anderen möglicherweise anders eingeschätzt. Um zu analysieren, was das Vertrauen in den Staat beeinflusst, müssen die Präferenzen der Bürger mit ihren Wahrnehmungen des Funktionierens des Staats verglichen werden. Da es nicht die *tatsächlichen* Ergebnisse des Staats sind, sondern die *wahrgenommenen* Ergebnisse, die für das Vertrauen in den Staat bedeutsam sind, müssen darüber hinaus auch die Faktoren identifiziert werden, die die Wahrnehmungen neben den staatlichen Ergebnissen beeinflussen.

Ganz allgemein stützt sich das Vertrauen in den Staat auf zwei wesentliche Komponenten: 1. *soziales Vertrauen*, das das Vertrauen der Bürger in ihre soziale Gemeinschaft widerspiegelt, und 2. *politisches Vertrauen*, bei dem die Bürger den Staat und seine Institutionen beurteilen. Politisches Vertrauen umfasst sowohl das Vertrauen auf der Makroebene, das diffus und systembasiert ist, als auch das institutionsbasierte Vertrauen. Die Teilhabe am Leben der Gesellschaft und das zwischenmenschliche Vertrauen tragen nachweislich zum allgemeinen sozialen Vertrauen bei (Putnam, 2000). Dieser Zusammenhang ist indessen nicht automatisch und wird u.U. durch eine Reihe von Kontextfaktoren beeinflusst. So gibt es beispielsweise Länder, in denen sich die Menschen

gegenseitig misstrauen – und das soziale Vertrauen somit gering ist – und sich dann für die Wahrnehmung ihrer Interessen auf die Institutionen verlassen (Aghion et al., 2010).

Die Erwartungen der Bürger sind für ihr Vertrauen in den Staat von entscheidender Bedeutung. Mit zunehmender Bildung der Bürger steigen ihre Erwartungen an die Leistungsfähigkeit des Staats. Wenn die Erwartungen der Bürger rascher steigen als die tatsächlichen Ergebnisse des Staats, könnten ihr Vertrauen und ihre Zufriedenheit sinken. Solche Veränderungen der Erwartungen erklären möglicherweise einen größeren Teil der Erosion der politischen Unterstützung als die realen Ergebnisse des Staats (Dalton, 2005) und könnten Politikverantwortliche überraschen, die sich an den Gegebenheiten der Vergangenheit orientieren.

Darüber hinaus wird das Vertrauen der Bürger gegenüber dem Staat unterschiedlich beeinflusst, je nachdem ob sie *positive oder negative Erfahrungen mit der Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen* machen. Negative Erfahrungen haben weitaus stärkere Auswirkungen auf das Vertrauen in den Staat als positive. Die Ausrichtung von Politikmaßnahmen auf unzufriedene Bürger wird daher größere Auswirkungen auf das Vertrauen in den Staat haben (Kampen et al., 2006).

Ein Großteil der Analyse über das Vertrauen der Bürger in den Staat gilt auch für Unternehmen und sogar für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die Art und Weise, wie Wahrnehmungen entstehen, und die Faktoren, die diese beeinflussen, unterscheiden sich jedoch möglicherweise.

Weshalb ist Vertrauen in den Staat wichtig?

Vertrauen in den Staat ist als eine der wichtigsten Grundlagen identifiziert worden, auf der *Legitimität und Nachhaltigkeit politischer Systeme beruhen*. Vertrauen ist von entscheidender Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt und das gesellschaftliche Wohlergehen, da es Auswirkungen auf die Regierungsfähigkeit der Staaten hat und diese in die Lage versetzt, ohne Zwangsausübung zu agieren. Folglich handelt es sich um ein effizientes Mittel, um die Transaktionskosten in allen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu senken (Fukuyama, 1995). Ein hohes Maß an Vertrauen in den Staat könnte die Effizienz und die Wirksamkeit der Verwaltung steigern.

Ein Mindestmaß an Vertrauen in den Staat ist für das gerechte und effektive Funktionieren der staatlichen Institutionen notwendig – z.B. die Einhaltung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit oder die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie die Bereitstellung von Infrastruktur. Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz sind besonders wichtig, da ihre reibungslose Funktionsweise ein wichtiger Bestimmungsfaktor für das Vertrauen in den Staat ist, wie in verschiedenen Studien herausgefunden wurde (Knack und Zak, 2003; Johnston, Krahn und Harrison, 2006; Blind, 2007). Da gut funktionierende staatliche Institutionen für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen von Bedeutung sind, ist Vertrauen in diese ein notwendiges Element zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums (Dasgupta, 2009; Algan und Cuha, 2013).

Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen beeinflusst zugleich das Verhalten des Einzelnen auf eine Art und Weise, die die gewünschten Politikergebnisse unterstützen könnte. Dies kann sich sowohl auf eher eng definierte Politikmaßnahmen und Programme beziehen (z.B. die Teilnahme an Impfkampagnen) als auch auf breiter angelegte Reformen (z.B. Umweltschutzbestimmungen oder eine Rentenreform). Vertrauen ist wichtig, weil zahlreiche öffentliche Programme die Möglichkeit zum Trittbrettfahren bzw. für opportunistisches Verhalten schaffen. Vertrauen könnte das Risiko eines solchen Verhaltens in dem Maße verringern, wie die Menschen bereit sind, auf bestimmte

unmittelbare Vorteile zu verzichten, wenn sie positive Erwartungen bezüglich des längerfristigen Ergebnisses staatlicher Politikmaßnahmen haben, entweder auf persönlicher Ebene (Renten) oder durch Leistung eines Beitrags zum Gemeinwohl (Umverteilung des Einkommens über das Steuersystem).

Vertrauen in den Staat kann den Regierungen bei der Umsetzung von Strukturreformen helfen, die mit langfristigen Vorteilen verbunden sind. Viele Reformen sind mit der Zurückstellung kurzfristiger Zufriedenheit zu Gunsten längerfristigen Nutzens verbunden und werden einen breiteren sozialen und politischen Konsens erfordern, um wirkungsvoll und nachhaltig zu sein. In einem sehr vertrauensvollen Umfeld können solche Reformen nicht nur angemessen verabschiedet und umgesetzt, sondern auch lange genug aufrechterhalten werden, um Früchte zu tragen. Dies vergrößert den zeitlichen Horizont politischer Entscheidungen. In einem wenig vertrauensvollen Klima werden die Bürger dem unmittelbar verwendbaren Teilnutzen den Vorzug geben und Politiker dazu verleiten, durch Trittbrettfahren und populistisches Verhalten kurzfristige bzw. opportunistische Gewinne anzustreben (Gyorffy, 2013).

Vertrauen in den Staat könnte die Einhaltung von Regeln und Rechtsvorschriften verbessern und die Umsetzungskosten verringern. Regeln und Rechtsvorschriften sind nie vollkommen und vollständig genug, um Missbrauch zu unterbinden. Ihre Wirksamkeit hängt von dem Maße ab, wie die Menschen sie als gerecht und legitim genug ansehen, um den Vorteil der Zuwiderhandlung wettzumachen. Dies ist insbesondere für Rechtsvorschriften wichtig, bei denen der Abstand zwischen den Befolgungskosten und dem persönlichen Nutzen groß ist und die Überwachung schwieriger ist. Besteuerung ist ein Beispiel für ersteres, wohingegen Verkehrsregeln ein Beispiel für das Zweitgenannte sind. Vertrauen in die für die Regulierung zuständige Stelle kann zu höherer freiwilliger Befolgung führen (Murphy, 2004).

Vertrauen in die staatlichen Institutionen könnte dazu beitragen, das Vertrauen in die Wirtschaft zu stärken, indem wirtschaftliche Entscheidungen erleichtert werden, z.B. in den Bereichen Investitionen und Verbrauch, die das Wirtschaftswachstum fördern. Vertrauen in die Institutionen sowie zwischenmenschliches Vertrauen senken u.U. die wahrgenommenen Risiken im Zusammenhang mit Entscheidungen, die von der Anschaffung von Gebrauchsgütern bis zur Arbeitsplatzmobilität, zur Einstellung von Arbeitskräften und zu Investitionen reichen. Die Stärkung des Vertrauens zwischen den Menschen steigert die Gesamtfaktorproduktivität und fördert damit den wirtschaftlichen Fortschritt (Dasgupta, 2009). Dies wiederum stützt das Wirtschaftswachstum und erweitert den Planungshorizont der Wirtschaftsakteure, was die wirtschaftliche Dynamik erhöht.

Vertrauen in den Staat scheint in *Krisensituationen besonders entscheidend* zu sein, etwa im Fall von Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen oder politischen Unruhen, was das Augenmerk auf die Kernfunktionen der Staats- und Verwaltungsführung richtet. Die Fähigkeit der Regierungen zum Krisenmanagement und zur Umsetzung erfolgreicher Ausstiegsstrategien ist oft eine Voraussetzung für ihr Fortbestehen und ihre Wiederwahl. In der Zeit nach einer größeren Katastrophe kann mangelndes Vertrauen die Krisen- und Wiederaufbaumaßnahmen behindern, was der Gesellschaft großen Schaden zufügt und die Handlungsfähigkeit der Regierung beeinträchtigt. Ebenso zeigt die gegenwärtige Wirtschaftskrise möglicherweise Dimensionen des Vertrauens auf, die in den Vorjahren angesichts der schrittweisen Entwicklung der Länder nicht offen zu Tage getreten waren.

Vertrauen kann in verschiedene Richtungen gehen. Nicht nur das Vertrauen der Bürger und Unternehmen in den Staat ist für die Wirksamkeit des staatlichen Handelns wichtig; das Vertrauen des Staats in die Bürger und Organisationen sowie das Vertrauen innerhalb des Staats ist für die Politikgestaltung und ihre Ergebnisse u.U. ebenfalls von

Bedeutung (Bouckaert, 2012). Wie groß das Vertrauen des Staats in Bürger und Unternehmen ist, spiegelt sich in der Art und Weise wider, wie der Staat arbeitet und wie die öffentlichen Dienstleistungen organisiert sind, ebenso wie in ihrer Effizienz und Effektivität – z.B. im Hinblick auf das Steuersystem sowie die Möglichkeit der Selbstregulierung und der Selbstüberwachung. Darüber hinaus beeinflussen sich das Vertrauen der Bürger und Unternehmen in den Staat und das Vertrauen des Staats in die Bürger und Unternehmen gegenseitig. Ein offener und bürgerorientierter Staat bietet ein günstiges Umfeld, um das Vertrauen zwischen Staat und Bürgern in beide Richtungen zu stärken. Leider ist das Vertrauen *seitens* und *innerhalb* des Staats in der Fachliteratur deutlich weniger gut dokumentiert als das Vertrauen in den Staat.

Vertrauen benötigt zwar Zeit, um sich zu bilden, kann jedoch rasch verspielt werden. Es reicht nicht aus, den Effekt von Vertrauen in den Staat auf die Ergebnisse des Staats, der Wirtschaft und der Gesellschaft zu erörtern, notwendig ist darüber hinaus eine Beschreibung dessen, was im Falle zunehmenden *Misstrauens gegenüber dem Staat* geschehen könnte. Dies könnte zu sinkender Bereitschaft seitens der Bürger (und Unternehmen) führen, *die Gesetze einzuhalten, in Krisenzeiten Opfer zu bringen oder Steuern zu zahlen.* Dies könnte die Kosten für den Staat erhöhen, was zu sinkender Effizienz führen würde, oder die Einnahmen beeinträchtigen. Sinkt das Vertrauen in den Staat, könnte es auch schwieriger werden, kompetente Arbeitskräfte für staatliche Institutionen anzuwerben und zu binden.

Messung des Vertrauens in den Staat

Vertrauen beruht auf Wahrnehmungen, und für seine Messung müssen zahlreiche Herausforderungen bewältigt werden. Dies trifft auf nationaler Ebene zu und noch viel mehr auf internationaler Ebene. Da Vertrauen für eine positive Wahrnehmung des Staats steht, wird es durch Meinungsumfragen gemessen, bei denen Bürger, Unternehmen oder Experten gefragt werden, ob sie dem Staat, der politischen Führung und/oder den konkreten staatlichen Institutionen (z.B. den Kommunalbehörden oder der Justiz) Vertrauen entgegenbringen. Darüber hinaus werden oftmals Fragen zu ihrer Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen gestellt, z.B. der örtlichen Polizei, dem Bildungs- oder Gesundheitswesen, auch wenn diesen Fragen ein etwas anderes Konzept zu Grunde liegt als Vertrauen.

Mehrere internationale Erhebungen sammeln Daten über das Vertrauen der Bürger in den Staat (vgl. Tabelle 1.1). Der Gallup World Poll erhebt in allen 34 OECD-Mitgliedsländern in ausreichender Regelmäßigkeit Daten, um den Effekt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Vertrauen in den Staat zu erfassen. Der World Values Survey hat das Vertrauen in den Staat über den längsten Zeitraum gemessen, die Datensätze sind jedoch bruchstückhaft, und Daten liegen lediglich für Mehrjahreszeiträume vor, wobei die letzte Welle im Zeitraum 2005-07 erfolgte. Das Eurobarometer der Europäischen Union bietet die konsistentesten Datensätze (u.a. werden zweimal im Jahr Daten erhoben), deckt jedoch leider nur 23 OECD-Mitgliedsländer ab. Das Edelman-Trust-Barometer bietet Zeitreihen lediglich für eine begrenzte Stichprobe der Bevölkerung (die Kriterien für die Stichprobenauswahl umfassen einen Hochschulabschluss und ein Haushaltseinkommen im obersten Quartil).

Da internationale Erhebungen konzipiert wurden, um länderübergreifende Vergleiche zu ermöglichen, können die Fragen, anhand derer das Vertrauen in den Staat gemessen wird, unklar formuliert sein und unterliegen oftmals der Interpretation der Umfrageteilnehmer, da der mehrdeutige englische Begriff *government* in der Regel nicht näher definiert ist (auch wenn er in deutschsprachigen Fragebogen oftmals mit dem enger gefassten Begriff *Regierung*

Tabelle 1.1. **Internationale Erhebungen, in denen das Vertrauen in den Staat gemessen wird**

| Name der Erhebung | Zahl der erfassten OECD-Länder | Erfasste Jahre und Häufigkeit | Messgröße | Antwortskala |
|-------------------------|--------------------------------|--|--------------------------------------|--|
| Gallup World Poll | 34 | 2005-12 (jährlich) | Vertrauen in die nationale Regierung | 2: ja/nein |
| World Values Survey | 25 | 4 Wellen: 1989-93, 1994-98, 1999-2004, 2005-08 | Vertrauen in die Regierung | 4: groß/ziemlich groß/nicht besonders groß/gar nicht groß |
| Eurobarometer | 23 | 2003-13 (zweimal jährlich) | Vertrauen in die Regierung | 2: vertraue eher/vertraue eher nicht |
| Edelman-Trust-Barometer | 15 | 2001-13 (jährlich) | Vertrauen in die Regierung | 9-Punkte-Skala: 1 bedeutet „vertraue überhaupt nicht“ und 9 bedeutet „vertraue sehr“ |
| Latinobarómetro | 3 | 1995-2012 (jährlich) | Vertrauen in die Regierung | 4: viel/einiges/ein wenig/kein Vertrauen |

wiedergegeben wird – A.d.Ü). Die internationalen Erhebungen wenden in Bezug auf die Stichprobenziehung ähnliche Methoden an, unterscheiden sich jedoch in Bezug auf die Formulierung der Fragen in den Fragebogen (z.B. wird zwischen einer Frage zur *Zuversicht* und einer Frage zum *Vertrauen* in die Regierung nuanciert und werden unterschiedliche Antwortskalen verwendet) sowie in Bezug auf andere Messgrößen des Vertrauens, die Vergleichsgrößen liefern könnten (z.B. Vertrauen in nationale Parlamente, Finanzinstitute, Politiker, Beamte, internationale Organisationen, öffentliche Dienstleistungen etwa im Gesundheits- und Bildungssektor, Unternehmen, religiöse Einrichtungen).

Auf Grund der Einschränkungen internationaler Erhebungen ist es schwierig, eingehend zu verstehen, wie sich das Vertrauen der Bürger in den Staat im Lauf der Zeit entwickelt und wodurch das Vertrauen in den Staat in den OECD-Ländern und darüber hinaus beeinflusst wird. Durch das Vorliegen kultureller Faktoren in Bezug auf die Art und Weise, wie die Menschen öffentlichen Institutionen begegnen, sind länderübergreifende Vergleiche des Vertrauens in den Staat eine besondere Herausforderung. Für die Zwecke der vorliegenden Analyse vielleicht am wichtigsten ist, dass mit den bestehenden Erhebungen nicht beabsichtigt wurde, Politikanalysen zu unterstützen oder Politikempfehlungen zu ermöglichen.

Auch wenn nationale Erhebungen, die das Vertrauen in den Staat messen, nicht für länderübergreifende Vergleichszwecke verwendet werden können, bieten sie aus vielen Gründen eine bessere Grundlage für Politikanalysen. Im Vergleich zu internationalen Erhebungen bieten sie größere Erkenntnisse in Bezug auf die Faktoren, die Vertrauen begünstigen, und können um Wahlzyklen bereinigt werden. So werden etwa im Rahmen der von Metroscopia in Spanien durchgeführten Erhebung *Barómetro de Confianza Ciudadana* Monatsdaten veröffentlicht, anhand derer die Zufriedenheit mit der Regierung mit der Wahrnehmung der Wirtschaftslage verglichen werden kann. In nationalen Erhebungen wird darüber hinaus das Vertrauen im Bereich des ganzen Spektrums des öffentlichen Lebens eingehender untersucht. So veröffentlicht etwa IPSOS Mori im Vereinigten Königreich zweimal jährlich die trendmäßige Entwicklung des Vertrauens in verschiedene öffentliche Institutionen (z.B. unterschiedliche staatliche Ebenen, das Parlament), öffentliche Dienstleistungen, wirtschaftspolitische Maßnahmen (z.B. bezogen auf das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit, die Inflation, die Kaufkraft), politische Parteien und Vertreter der Politik (Führungskräfte in der Exekutive, Politiker, Mitglieder des Parlaments) sowie der Wahrnehmung der Korruption in der Regierung. Nationale Erhebungen können darüber hinaus Messgrößen des Vertrauens in bestehende Politikmaßnahmen bieten. Beispielsweise werden die Bürger in Frankreich von IFOP nach

ihrem Vertrauen in die Umsetzung der Ziele der Regierung befragt, die bei Amtsantritt angekündigt worden waren. Die Zeitreihen nationaler Erhebungen sind überdies oftmals wesentlich länger, beispielsweise erhebt das PEW Research Center in den Vereinigten Staaten seit Ende der 1950er Jahre Daten zum Vertrauen in den Staat.

Die vorstehende Diskussion lässt darauf schließen, dass mehr getan werden könnte, um die Vergleichbarkeit der durch Meinungsumfragen gewonnenen Daten über das Vertrauen der Bürger zu erhöhen und die Politikdiskussion zu fördern. Erstens könnte die Repräsentativität der Erhebungen verbessert werden. Die derzeitigen Erhebungen arbeiten mit kleinen Stichproben und sind in geografischer Hinsicht innerhalb eines Landes selten repräsentativ. Zusätzliche Merkmale der Befragten – z.B. Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Bildungsstand, Personenstand, Einkommensniveau, ob sie eine staatliche Dienstleistung in Anspruch genommen haben oder nicht usw. – beeinflussen ihre Wahrnehmung der Regierung, weshalb es sinnvoll wäre, wenn die Stichprobe diesen Merkmalen ebenfalls Rechnung tragen würde. Zweitens könnten die Erhebungsfragen verbessert werden. Die Schlüsselbegriffe müssen präzise definiert werden: So wurden die Befragten etwa im Gallup World Poll gefragt, wie groß ihr Vertrauen in die *nationale Regierung (national government)* ist, ohne nähere Erläuterung, was damit gemeint ist. Die Befragten könnten die Regierung mit dem Kabinett oder dem Verwaltungsapparat gleichsetzen (wobei dieses Problem auf Grund der Mehrdeutigkeit von *government* im Englischen gravierender als im Deutschen sein könnte – A.d.Ü). Die Erhebungsfragen und die dazugehörigen Antwortkategorien müssen darüber hinaus so formuliert sein, dass die Regierungen auf der Grundlage der gewonnenen Informationen handeln können, etwa durch eine Verhaltensänderung. Und schließlich wird die Erhebung von Daten in regelmäßigen Abständen zusätzlich zu länderübergreifenden Vergleichen zu einem bestimmten Zeitpunkt auch die Feststellung von Veränderungen im Zeitverlauf und Trends sowohl in den einzelnen Ländern als auch im Ländervergleich ermöglichen.

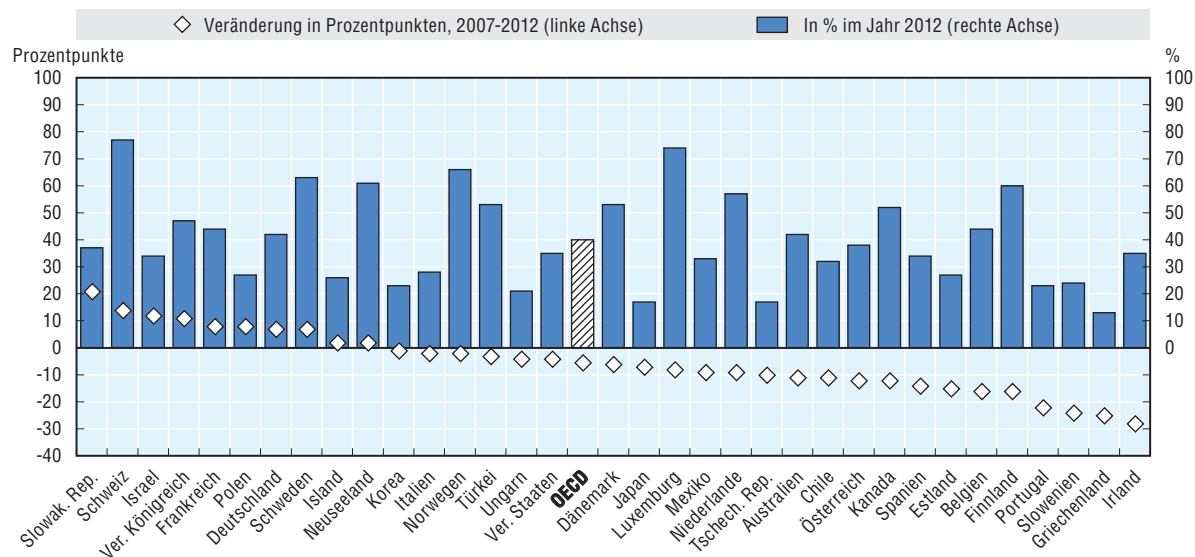
Muster und Trends im Hinblick auf das Vertrauen in den Staat in den OECD-Ländern

Trotz der methodischen Schwierigkeiten bei der Messung des Vertrauens in den Staat zeigen die verfügbaren Daten verschiedene Muster, Trends und Korrelationen auf, die einiges über den Zustand des Vertrauens in den Staat in den OECD-Ländern aussagen und den Politikverantwortlichen dabei helfen könnten, sich tiefer mit der Materie auseinanderzusetzen.

Erstens lassen die jüngsten verfügbaren Daten für die OECD-Länder darauf schließen, dass die Antworten der Bürger von einem Land zum anderen erheblich auseinandergehen, wenn sie über ihr Vertrauen in die Regierung befragt werden, wobei die positiven Antworten im Durchschnitt zuletzt bei deutlich unter 50% lagen (Abbildung 1.1). Mit anderen Worten gab weniger als die Hälfte der Bürger der OECD-Länder im Rahmen von Umfragen an, dass sie ihrer jeweiligen Regierung Vertrauen entgegenbringen. Die nationalen Durchschnitte lagen zwischen nahezu 80% in der Schweiz und 12% in Griechenland. Die Verteilung innerhalb dieses Spektrums scheint weder auf den Lebensstandard noch auf das Pro-Kopf-BIP oder die Höhe des Wirtschaftswachstums zurückzuführen zu sein. Während die Vertrauenswerte in Japan – einem Land der oberen Einkommensgruppe – und Korea – einem wachstumsstarken Land – jeweils unter dem OECD-Durchschnitt lagen, lag dieser Wert in der Türkei, die ein geringeres Pro-Kopf-BIP aufweist, deutlich darüber. Dies lässt darauf schließen, dass das Vertrauen in den Staat u.U. weniger auf die langfristige Wirtschaftsentwicklung bzw. absolute Lebensstandards reagiert als vielmehr auf kulturelle Faktoren, sich verändernde Erwartungen und politische

Abbildung 1.1. **Vertrauen in die nationale Regierung im Jahr 2012 und Veränderung seit 2007**

Angeordnet in absteigender Reihenfolge nach der Veränderung in Prozentpunkten zwischen 2007 und 2012



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012. Die Daten für Island und Luxemburg beziehen sich auf 2008 anstelle von 2007. Die Daten für Österreich, Finnland, Irland, Norwegen, Portugal, die Slowakische Republik, Slowenien und die Schweiz beziehen sich auf 2006 anstelle von 2007.

Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940740>

Entwicklungen. Diese Schlussfolgerung wird durch die vorhandenen Daten für manche aufstrebenden Länder erhärtet, was den Einfluss der Erwartungen der Bürger gegenüber dem staatlichen Handeln auf den Vertrauensgrad der Bürger unterstreicht (Kasten 1.1).

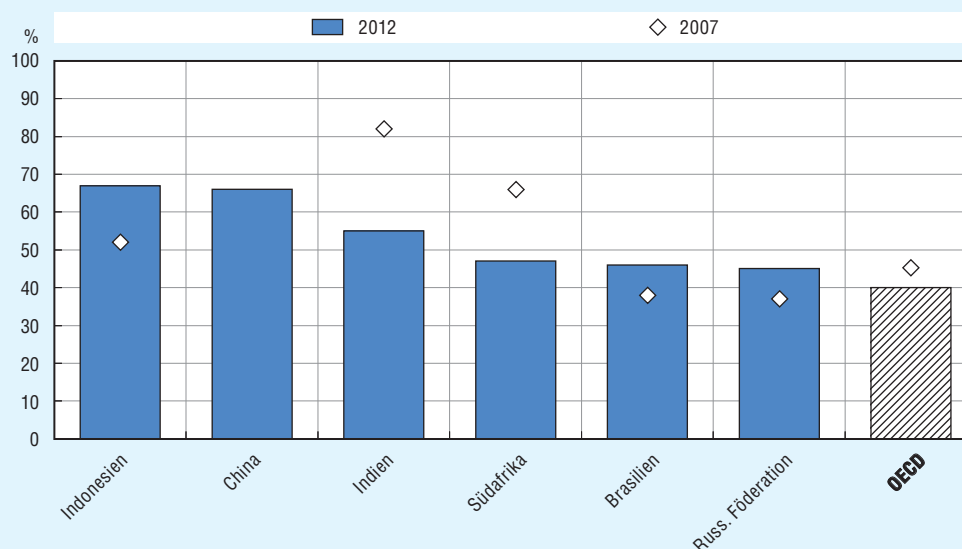
Zweitens zeigen die Daten, dass das Vertrauen in den Staat 2012 im Durchschnitt unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2007 lag (unterer Teil der Abbildung 1.1). Der Anteil der Befragten, die im Jahr 2012 Vertrauen in den Staat äußerten, hat sich gegenüber 2007 im Durchschnitt um 5 Prozentpunkte verringert (von 45% auf 40%). Hinter diesem Vergleich verbergen sich weitaus größere Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, da über zwei Drittel der OECD-Länder im Zeitraum 2007-12 einen Verlust des Vertrauens in den Staat verzeichneten. Zu stärkeren Vertrauensverlusten kam es in Ländern, in denen entweder eine politische, fiskalpolitische oder Wirtschaftskrise ausbrach, z.B. in Griechenland, Slowenien, Irland, Spanien, Belgien und Portugal. In anderen Ländern stieg das Vertrauen in den Staat hingegen, insbesondere in der Slowakischen Republik, in Israel, dem Vereinigten Königreich, Polen, Frankreich, der Schweiz, Deutschland und Schweden.

Drittens ist das Vertrauen in die Regierung im Durchschnitt ebenso hoch wie das Vertrauen in zwei wichtige Institutionen des privaten Sektors: a) Finanzinstitute und Banken und b) die Medien, wobei jedoch auch hier erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen OECD-Ländern bestehen. Insgesamt ist das Vertrauen in Finanzinstitute und Banken in den OECD-Ländern mit 43% etwas höher als das Vertrauen in die Regierung (40%) (Abbildung 1.2). In einigen Ländern, die von der Finanzkrise von 2008 am wenigsten betroffen waren, genießen Finanzinstitute und Banken hohes Vertrauen, so z.B. in Kanada, Polen, Finnland, Norwegen, Mexiko, Australien und Japan. Hingegen ist das Vertrauen in die Regierung in Ländern, die am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden, verhältnismäßig höher als in Finanzinstitute, so z.B. in Irland, Spanien und Italien.

Kasten 1.1. Das Vertrauen in den Staat in den BRIICS (2012)

Im Durchschnitt der BRIICS brachte die Mehrheit der Bürger (54%) im Jahr 2012 ihr Vertrauen in den Staat zum Ausdruck. Das Vertrauen in den Staat war in Indonesien und China am höchsten (zwei Drittel der Bürger) und in Südafrika, Brasilien und der Russischen Föderation am niedrigsten (in all diesen Ländern lag der Wert bei 45-47%). Das Vertrauen in den Staat lag in allen BRIICS über dem OECD-Durchschnitt von 40%. Im Zeitraum 2007-12 sank das Vertrauen in den Staat im Durchschnitt der BRIICS (außer China) um 3 Prozentpunkte, was ein geringerer Rückgang als in den OECD-Mitgliedsländern war, wo das Vertrauen im Durchschnitt um 5 Prozentpunkte abnahm. Der größte Vertrauenszuwachs wurde in Indonesien verzeichnet (15 Prozentpunkte), der größte Vertrauensverlust hingegen in Indien (27 Prozentpunkte). Der höhere Vertrauensgrad in den BRIICS im Vergleich zu den meisten OECD-Mitgliedsländern kann auf kulturelle und kontextspezifische Faktoren zurückzuführen sein, er kann jedoch auch durch unterschiedliche Erwartungen bedingt sein, die die Bürger gegenüber den staatlichen Dienstleistungen und Ergebnissen hegen, wenn sie sich in unterschiedlichen Phasen der sozioökonomischen Entwicklung befinden. Dennoch herrscht Konsens zwischen den Forschern, dass es wichtiger ist, den *optimalen* Vertrauensgrad zu erreichen als den *maximalen* Vertrauensgrad (Knack und Keefer, 1997; Nooteboom, 2006; Dasgupta, 2009; Bouckeart, 2012).

Das Vertrauen in den Staat ist in den BRIICS größer als im OECD-Raum



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“

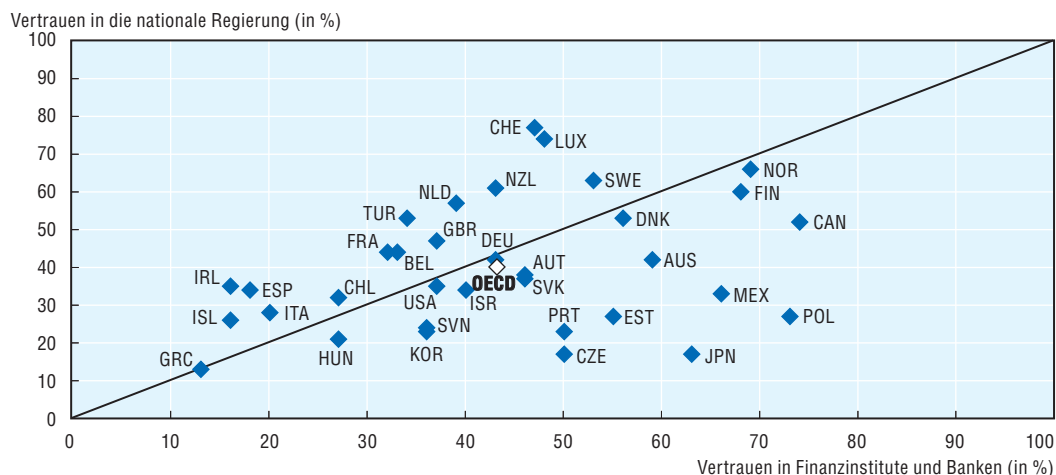
Quelle: Gallup World Poll.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932940740>

Das Vertrauen in die Medien war in Irland, Spanien und Portugal im Jahr 2010 – dem Jahr, für das Daten vorliegen – deutlich höher als das Vertrauen in die Regierung, wohingegen es in der Türkei, in Schweden, den Niederlanden und Luxemburg deutlich niedriger war (Abbildung 1.3). Da die Länder in der ersten Gruppe zu denen zählen, in denen im Lauf der Krise der größte Verlust an Vertrauen in die Regierung verzeichnet wurde, die Länder in der zweiten Gruppe wiederum zu denen, in denen das Vertrauen am größten und stabilsten ist, sagt der Vergleich möglicherweise mehr über die Entwicklung des Vertrauens in die Regierung aus als über das Vertrauen in die Medien. Beim Vergleich

Abbildung 1.2. Vertrauen in Finanzinstitute im Vergleich zur Regierung

Vergleich des Vertrauens in Finanzinstitute/Banken und in die Regierung (2012)



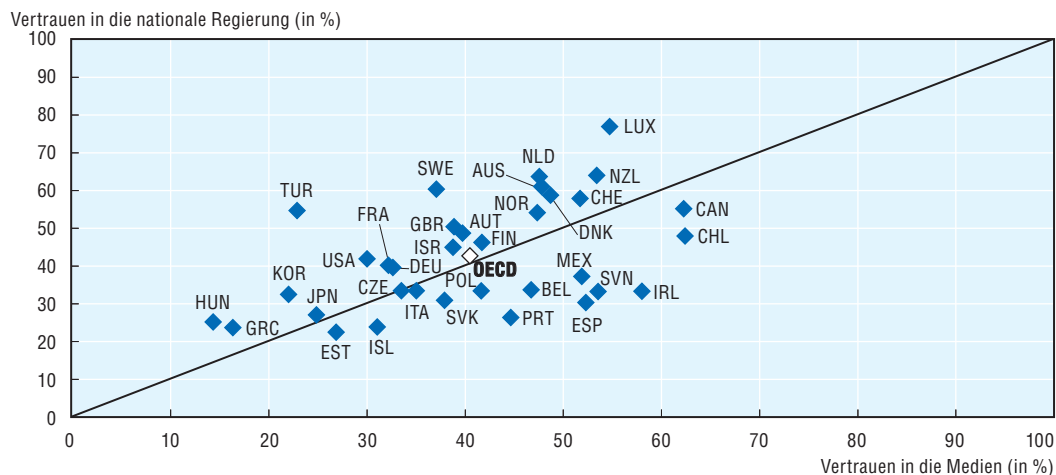
Anmerkung: Die Daten über das Vertrauen in die nationale Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten über das Vertrauen in Finanzinstitute und Banken beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit Finanzinstituten oder Banken?“ Die Daten für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2010 anstelle von 2011. In den Ländern unterhalb der Linie ist das Vertrauen in Finanzinstitute und Banken höher als das Vertrauen in die Regierung.

Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940759>

Abbildung 1.3. Vertrauen in die Medien und in die Regierung

Vergleich des Vertrauens in die nationale Regierung bzw. in die Medien (2010)



Anmerkung: Die Daten über das Vertrauen in die nationale Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten über das Vertrauen in die Medien beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der Qualität und der Integrität der Medien?“ Die Daten für Island und Norwegen beziehen sich auf 2008 anstelle von 2010. Die Daten für die Schweiz und Estland beziehen sich auf 2009 anstelle von 2010. In den Ländern unterhalb der Linie ist das Vertrauen in die Medien höher als das Vertrauen in die Regierung.

Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940778>

zwischen dem Vertrauen in die Regierung und dem Vertrauen in Finanzinstitute ist u.U. das Gegenteil zu beobachten, wobei die Entwicklung des Vertrauens in die Finanzinstitute in diesem Zusammenhang ausschlaggebend ist.

Bestimmungsfaktoren für das Vertrauen in den Staat

Das Vertrauen in den Staat hat zahlreiche Facetten und beruht auf einem Mix aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wechselwirkungen zwischen den Bürgern und dem Staat. In der umfangreichen empirischen Fachliteratur¹ werden die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in den Staat sowie wirtschaftlichen, sozialen und Governance-bezogenen Parametern erörtert. Vier breite Gruppen von Bestimmungsfaktoren für das Vertrauen in den Staat werden darin identifiziert: 1. Kultur, 2. institutionelle Rahmenbedingungen, 3. wirtschaftliche und soziale Ergebnisse und 4. Ergebnisse der Institutionen. Es besteht zwar mehr oder weniger Konsens über das Spektrum dieser Bestimmungsfaktoren, die Befunde widersprechen sich jedoch in Bezug auf die Stärke ihres Einflusses sowie der Wechselwirkungen zwischen diesen Faktoren und dem Vertrauen. Eine allgemeine Erkenntnis besteht darin, dass Vertrauen und die meisten seiner Bestimmungsfaktoren miteinander verbunden und selbstverstärkend sind und daher ergänzende Wirkung im Zusammenhang mit der Staats- und Verwaltungsführung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung haben.

Bouckaert (2012) zufolge kann das Vertrauen in den Staat auf drei Ebenen analysiert werden. Auf der *Makroebene* bezieht sich Vertrauen auf *politische Institutionen und das Funktionieren der Demokratie*. Auf *Mesoebene* bezieht sich Vertrauen auf die *Politikgestaltung* – die Fähigkeit der Regierungen, Maßnahmen zur Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu ergreifen und positive Erwartungen in Bezug auf das künftige Wohlergehen zu schaffen. Und schließlich bezieht sich Vertrauen auf der *Mikroebene* auf den Effekt, den staatliches Handeln mittels der *Erbringung öffentlicher Dienstleistungen* auf das Alltagsleben der Menschen hat. Auch wenn sich diese drei Ebenen voneinander unterscheiden, bestehen Wechselwirkungen zwischen ihnen, und ein deutlicher Vertrauensmangel auf einer Ebene kann das Vertrauen auf den anderen Ebenen beeinträchtigen und die Politikergebnisse beeinflussen. Bemühungen zur Stärkung des Vertrauens müssen daher Synergien zwischen all diesen verschiedenen Sphären verstärken.

Bouckaerts Systematik ist aus zwei Gründen besonders nützlich. Erstens lässt sie den Schluss zu, dass Vertrauen nicht einfach etwas ist, das Regierungen *zufällig entgegengebracht wird*, sondern etwas, das die Regierungen durch ihre Handlungen und Politikmaßnahmen *beeinflussen* können. Zweitens legt sie nahe, dass es bei der Beeinflussung des Vertrauens nicht nur auf das *was* der öffentlichen Politikmaßnahmen ankommt, sondern auch auf das *wie*, *für wen* und *mit wem*. Folglich sind nicht nur die Endergebnisse für Bürger und Unternehmen wichtig, sondern auch die Prozesse, die zu diesen Ergebnissen führen.

Der Aspekt der Staats- und Verwaltungsführung – die institutionellen Rahmenbedingungen und die durch diese erzielten Ergebnisse – in Bezug auf das Vertrauen lässt sich u.U. besser verstehen, wenn dieses Konzept in eine Reihe miteinander zusammenhängender *Prozess-Komponenten* aufgeschlüsselt wird, die die Erwartungen der Bürger gegenüber dem Staat zusammenfassen. Die OECD hat folgende Komponenten vorgeschlagen:

- **Verlässlichkeit:** die Fähigkeit der Regierungen, die Unsicherheit des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umfelds für ihre Bürger auf ein Mindestmaß zu begrenzen und konsequent und vorhersehbar zu agieren.
- **Bürgerorientierung:** die Bereitstellung gut zugänglicher, effizienter und bürgerorientierter öffentlicher Dienstleistungen, die dem Bedarf und den Erwartungen der Öffentlichkeit effektiv Rechnung tragen.

- **Offenheit und Inklusivität:** ein systematischer, umfassender Ansatz zur Institutionalisierung einer beidseitigen Kommunikation mit den beteiligten Parteien, in deren Rahmen relevante, verwertbare Informationen geliefert und Interaktionen gefördert werden, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Engagement zu verbessern.
- **Integrität:** die Ausrichtung der Regierung und der öffentlichen Institutionen an allgemeineren Prinzipien und Verhaltensmaßstäben, die zur Wahrung des öffentlichen Interesses beitragen und zugleich Korruption verhindern.
- **Gerechtigkeit:** im Verfahrenssinne die einheitliche Behandlung von Bürgern (und Unternehmen) im Rahmen der Politikgestaltungs- und -umsetzungsprozesse.

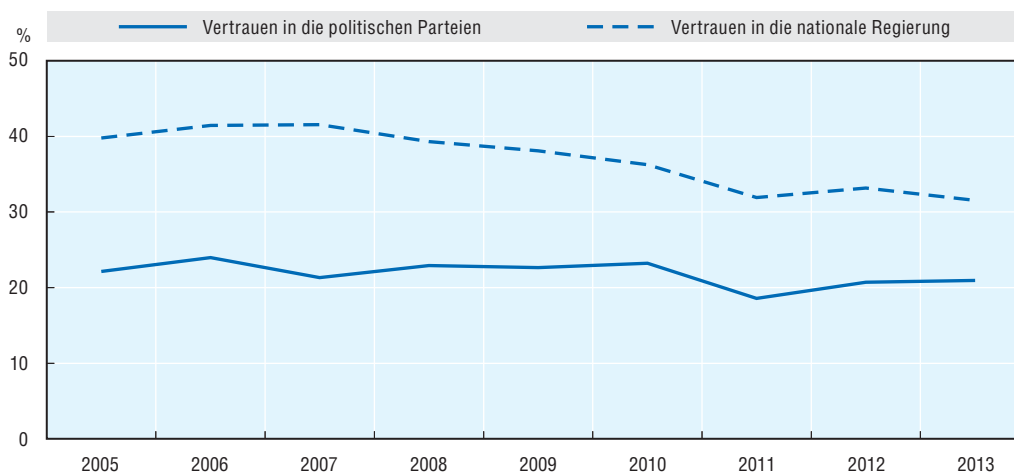
Im Folgenden verwenden wir Bouckaerts Dreiebenenmodell, um die potenziellen Bestimmungsfaktoren des Vertrauens im Bereich der Staats- und Verwaltungsführung zu identifizieren und auf Befunde aus internationalen Erhebungen hinzuweisen, die auf eine statistische Korrelation schließen lassen. Hierbei handelt es sich indessen um eine vorläufige Untersuchung, die weit davon entfernt ist, Kausalzusammenhänge abschließend festzustellen, die jedoch als Orientierungspunkt für weitere Forschungsarbeiten und Erörterungen dienen könnte.

Makroebene

Auf der *Makroebene* wichtig für das Vertrauen in den Staat sind *politische Institutionen und das Funktionieren der Demokratie*. Eine entscheidende Voraussetzung, um der OECD beizutreten, besteht darin, dass es sich bei dem betreffenden Staat um eine Demokratie mit gut entwickelten politischen Institutionen handeln muss².

Im Hinblick auf die politischen Institutionen sprechen die Bürger – zumindest in den europäischen Ländern, für die Daten verfügbar sind – der Regierung durchgängig größeres Vertrauen aus als den politischen Parteien (Abbildung 1.4 und Abbildung 1.5). 2013 war das Vertrauen der Bürger in die Regierung lediglich in einem europäischen

Abbildung 1.4. Das Vertrauen in die politischen Parteien ist in Europa im Zeitverlauf (2005-13) deutlich geringer als das Vertrauen in die Regierung

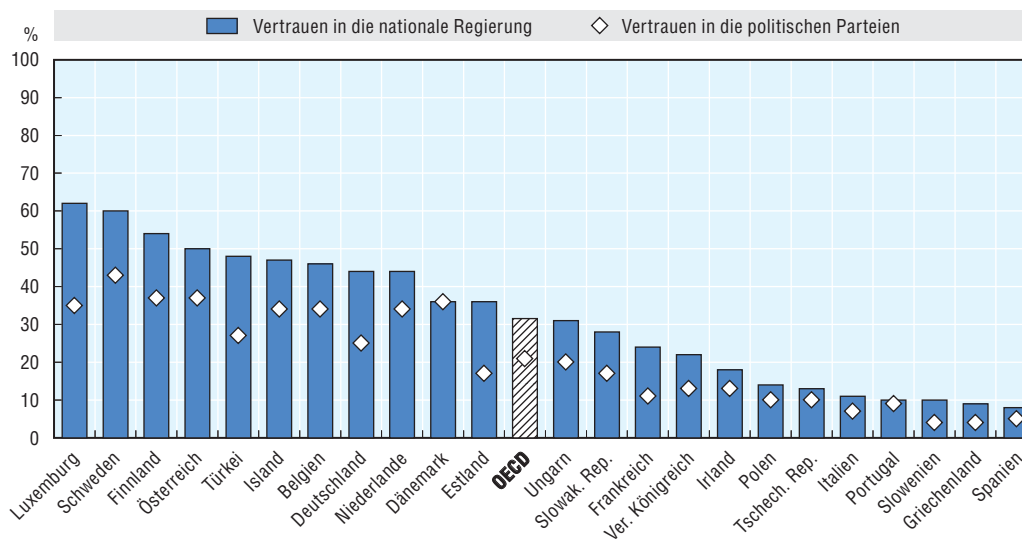


Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „eher vertrauen“ auf die folgenden Fragen antworteten: „Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen: der (nationalen) Regierung; den politischen Parteien.“ Die Daten beziehen sich auf die Jahresdurchschnittswerte für 23 OECD-Mitgliedsländer: Für Australien, Kanada, Chile, Israel, Japan, Korea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz und die Vereinigten Staaten liegen keine Daten vor.

Quelle: Eurobarometer (Datenbank), OECD-Berechnungen.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932940797>

Abbildung 1.5. **Vertrauen in die Regierung und in die politischen Parteien in den europäischen OECD-Mitgliedsländern (2013)**



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „eher vertrauen“ auf die folgenden Fragen antworteten: „Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen: der (nationalen) Regierung; den politischen Parteien.“ Die Daten beziehen sich auf die Jahresdurchschnittswerte für 23 OECD-Mitgliedsländer: Für Australien, Kanada, Chile, Israel, Japan, Korea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz und die Vereinigten Staaten liegen keine Daten vor.

Quelle: Eurobarometer (Datenbank).

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932940816>

OECD-Mitgliedsland, nämlich in Dänemark, ebenso hoch wie in die politischen Parteien; in allen anderen Ländern genießen die politischen Parteien ein geringeres Vertrauen. Das Vertrauen in die politischen Parteien ist mit unter 10% der Befragten in den Ländern am niedrigsten, die am stärksten von den Krisen der öffentlichen Haushalte in Mitleidenschaft gezogen wurden, z.B. Slowenien, Griechenland, Spanien, Italien und Portugal. Dies sind zugleich die Länder, in denen das Vertrauen in die Regierung ebenfalls am niedrigsten ist.

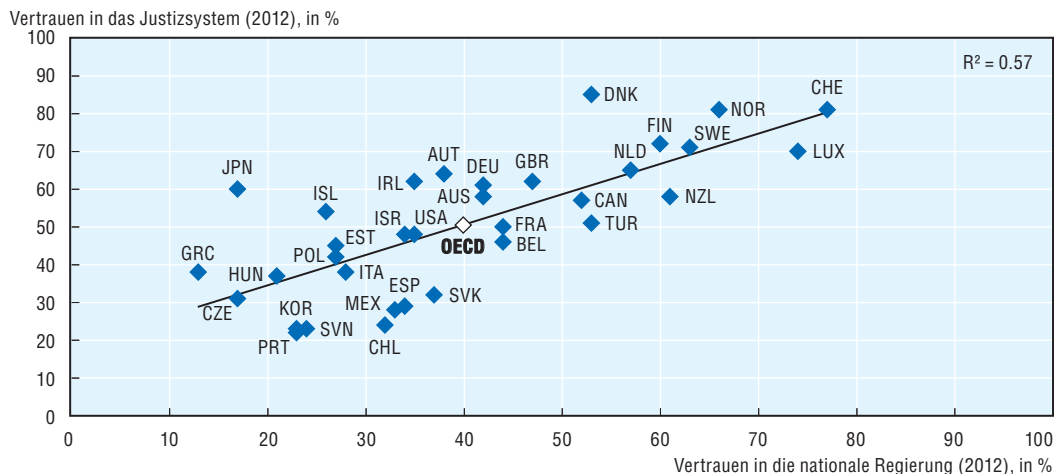
Ein Grundsatz der Demokratie – neben freien und fairen Wahlen – ist die Einhaltung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit, die sowohl eine Ergebnis- als auch eine Prozessmessgröße ist. Dies bedeutet, dass niemand – auch nicht der Staat – über dem Gesetz steht, die Gesetze die Grundrechte schützen und die Gerichtsbarkeit für alle zugänglich ist. Dies spiegelt sich in der starken Korrelation zwischen dem Vertrauen wider, das die Menschen in ihre nationale Regierung und in das Justizsystem setzen (Abbildung 1.6). Das Vertrauen in das Justizsystem stellt sowohl ein Ergebnis als auch einen wichtigen Aspekt der Staats- und Verwaltungsführung dar und steht mit der Integrität in engem Zusammenhang.

Ein anderer üblicherweise herangezogener Hilfsindikator für die Messung des Vertrauens in das politische System ist die Wahlbeteiligung. Es gibt indessen zwei konkurrierende Hypothesen bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Wahlbeteiligung und dem Vertrauen: Die erste lautet, dass eine höhere Wahlbeteiligung ein größeres Vertrauen in das politische System widerspiegeln könnte, die zweite hingegen, dass ein geringeres Vertrauen in die amtierende Regierung zu einer höheren Wahlbereitschaft führen könnte, um diese abzuwählen. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Vertrauen in die Regierung und der Wahlbeteiligung ist indessen unerheblich.

Wenn sie ihrem Vertrauen in die nationale Regierung Ausdruck verleihen, urteilen die Bürger auch über die politische Führung ihres Landes (R^2 : 0.9) (Abbildung 1.7). Es bleibt dahingestellt, ob sich diese politische Führung nur auf die Regierungspolitiker oder auch auf

Abbildung 1.6. Das Vertrauen in das Justizsystem ist wichtig für das Vertrauen in die nationale Regierung

Korrelation zwischen dem Vertrauen in die nationale Regierung und dem Vertrauen in das Justizsystem (2012)



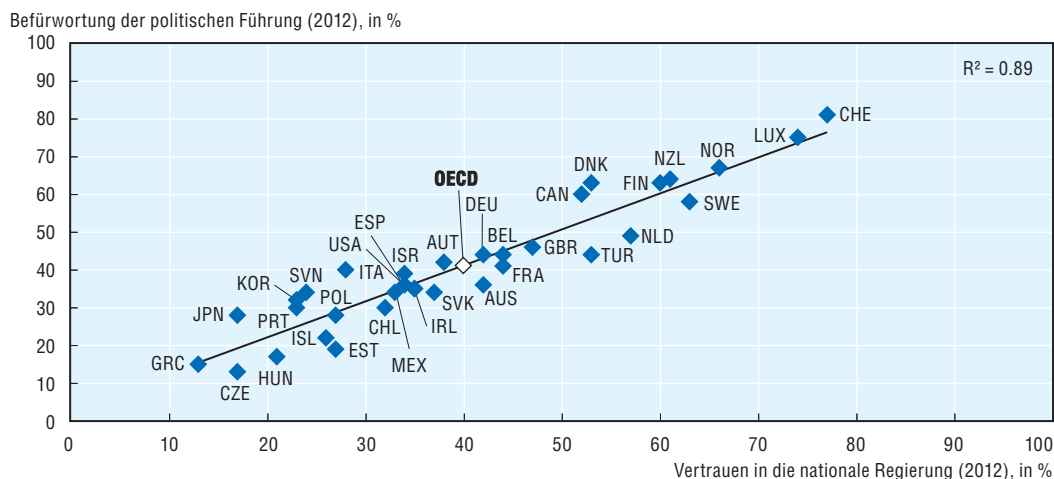
Anmerkung: Die Daten über das Vertrauen in die nationale Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten über das Vertrauen in das Justizsystem beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit dem Justizsystem und den Gerichtshöfen?“ Die Daten für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012.

Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940835>

Abbildung 1.7. Führungskompetenz ist entscheidend für das Vertrauen in die nationale Regierung

Korrelation zwischen dem Vertrauen in die nationale Regierung und dem Vertrauen in die politische Führung eines Landes (2012)



Anmerkung: Die Daten zum Vertrauen in die nationale Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten zur Befürwortung der politischen Führung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Befürworten“ auf die folgende Frage antworteten: „Befürworten Sie die Arbeit der politischen Führung oder nicht?“ Die Daten für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012.

Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940854>

die Verwaltungsspitzen bezieht. Dies zeigt jedoch, wie wichtig Führungskompetenz im Rahmen der Staats- und Verwaltungsführung ist und dass eine gut funktionierende politisch-administrative Schnittstelle notwendig ist, die die Vision, Ergebnisse und Integrität der Regierung unterstützt.

Mesoebene

Auf *Mesoebene* kann sich Vertrauen auf die *strategische Politikgestaltung* beziehen – die Fähigkeit der Regierungen, wirtschaftliche und soziale Probleme zu bewältigen sowie positive Erwartungen für das künftige Wohlergehen zu wecken. *Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2013* enthält mehrere Indikatoren, die die Komponenten und Ergebnisse der strategischen Politikgestaltung untersuchen, z.B. Gerechtigkeit (Kapitel 2), Risikomanagement (Kapitel 2), Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (Kapitel 2), Finanzierungssalden (Kapitel 3), Verschuldungsniveau (Kapitel 3) und Haushaltspraxis (Kapitel 4). Werden diese Indikatoren jedoch auf den Grad und die Veränderung des Vertrauens in den Staat bezogen, besteht in keinem dieser Fälle eine starke Korrelation.

Die Höhe der *Ausgaben für die soziale Sicherung* (einschließlich Arbeitslosigkeit, Versicherung, Renten und Sozialleistungen) wies eine geringe Korrelation mit dem Grad des Vertrauens in den Staat auf (R^2 : 0,44). Da die Sozialprogramme in einer Reihe von Ländern in den Fokus der Haushaltskonsolidierung geraten sind, könnte das Vertrauen in den Staat durch Veränderungen der Komponenten und Zugangsregelungen solcher Programme eine zusätzliche Eintrübung erfahren, da dies als Änderung des Gesellschaftsvertrags zwischen dem Staat und seinen Bürgern aufgefasst wird. Der Effekt auf das Vertrauen der Öffentlichkeit ließe sich indessen durch die Verfahren abschwächen, mittels derer die Reformen durchgeführt werden. Dies zeigt, wie wichtig Gerechtigkeit ist, sowohl in Bezug auf die Ergebnisse – wobei das Augenmerk darauf liegt, wer in welchem Umfang betroffen ist und wie gerecht die Last verteilt ist – als auch auf die Prozesse, durch die Entscheidungen getroffen werden, wobei es darauf ankommt, wie transparent der Entscheidungsprozess und die diesem zu Grunde liegenden Erkenntnisse sind und welche Möglichkeiten zur Mitwirkung den von den Entscheidungen Betroffenen offenstehen. Auf diese Weise lässt sich das Vertrauen in den Staat weiter stützen, indem Mitwirkung gefördert und Vertrauen in die von den Entscheidungsträgern verwendeten Erkenntnisse und Kriterien aufgebaut und damit die Legitimität ihrer Entscheidungen erhöht wird.

Es ist nicht unbedingt ein klarer Zusammenhang zwischen einer umsichtigen Finanzpolitik und dem Vertrauen in den Staat festzustellen. Offenbar besteht im Falle eines geordneten Staatshaushalts überhaupt kein großer Zusammenhang. Wenn Länder jedoch ernsthafte Schwierigkeiten mit ihrem Staatshaushalt haben, wird dieser zu einem vorrangigen Problem. Dies ist in Abbildung 1.8 gut dokumentiert, in der die starke negative Korrelation (R^2 : 0,81) für die fünf europäischen Länder mit gravierendem Staatsschuldenproblem (vgl. den Teil „Im Fokus“) dargestellt ist. Eine hohe Verschuldung im Verhältnis zum BIP stellt daher u.U. die Verlässlichkeit der Regierung sowie ihre Fähigkeit zur Begrenzung der Unsicherheit auf ein Mindestmaß in Frage.

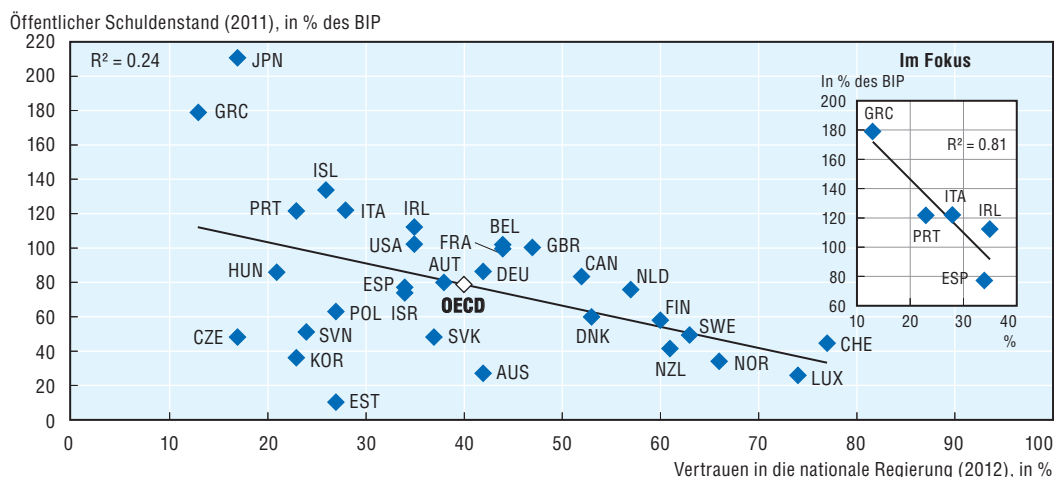
Mikroebene

Auf der *Mikroebene* liegt das Augenmerk auf den Erfahrungen, die der Bürger mit dem Staat macht, wenn dieser *öffentliche Dienstleistungen erbringt*. Die Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen ist deutlich höher als das Vertrauen in den Staat, eine höhere Zufriedenheit mit den Dienstleistungen schlägt sich jedoch nicht unbedingt in höherem Vertrauen in den Staat nieder.

Die Umfrageergebnisse lassen darauf schließen, dass die Bürger zwischen den verschiedenen Bereichen und Stellen unterscheiden können, die den öffentlichen Sektor ausmachen, wenn sie konkret danach befragt werden (Abbildung 1.9). 2012 war das Vertrauen in die örtliche Polizei sowie das Gesundheitswesen im Durchschnitt der OECD-Mitgliedsländer mit 72% bzw. 71% am höchsten, gefolgt vom Bildungswesen (66%) und dem

Abbildung 1.8. Die Rolle der Staatsverschuldung spielt nur in Ländern mit Haushaltskrise eine Rolle

Korrelation zwischen dem Vertrauen in die nationale Regierung (2012) und dem öffentlichen Schuldenstand (2011)



Anmerkung: Die Daten zum Vertrauen in die nationale Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/ Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Der öffentliche Schuldenstand bezieht sich auf den Brutto-Gesamtschuldenstand des Staatssektors. Die Daten zum Vertrauen in die nationale Regierung für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012.

Quelle: Gallup World Poll und OECD (2013), „OECD Wirtschaftsausblick 93“, OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank), Mai 2013, <http://dx.doi.org/10.1787/data-00655-en>.

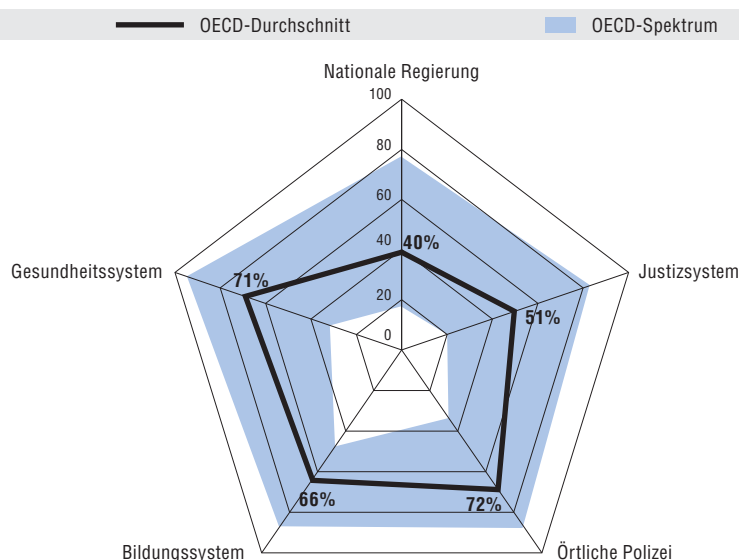
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940873>

Justizsystem (51%); am geringsten war das Vertrauen in die nationale Regierung (40%). Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, zu verstehen, was mit „Staat“ bzw. „Regierung“ gemeint ist: Auf welche Elemente des breiten Spektrums an Akteuren, Institutionen und Rechtsvorschriften, die den Staat ausmachen, sowie der Infrastrukturen, die der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen dienen, beziehen sich die Bürger, wenn sie Angaben zum Grad ihres Vertrauens in den Staat bzw. die Regierung machen?

Jenseits des allgemeinen Bilds bestehen in Bezug auf den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die nationale Regierung und der konkreten Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Der Abstand zwischen den beiden Messgrößen ist in Island, Japan, Slowenien und der Tschechischen Republik, wo die Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen hoch ist, besonders groß, wohingegen das Vertrauen in die nationale Regierung und die Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen in der Schweiz, Luxemburg und der Türkei sehr nahe beieinander liegen. Dies bekräftigt die Auffassung, dass die aktuellen Antworten auf Fragen nach dem Vertrauen in die nationale Regierung, wie sie sich in den verfügbaren Daten niederschlagen, in manchen Ländern u.U. eher kurzfristige Wahrnehmungen des politischen Systems als der Regierung und der öffentlichen Verwaltung als Institutionen erfassen.

Das Vertrauen ist auf lokaler Ebene gewöhnlich am größten, wo die Dienstleistungen erbracht werden und der Zusammenhang mit den Ergebnissen des Staats am deutlichsten sichtbar wird. Das Vertrauen ist in der Regel darüber hinaus bei tatsächlichen Nutzern öffentlicher Dienstleistungen größer als bei Personen, die solche Dienstleistungen nicht in Anspruch nehmen. Eine Untersuchung der Unterschiede beim Vertrauen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und in die verschiedenen Arten öffentlicher Einrichtungen würde einige Hinweise auf die Faktoren liefern, die die öffentliche Wahrnehmung des Staats prägen, sowie auf die verschiedenen politischen Hebel, mit denen sich die Wahrnehmung der betreffenden Bereiche der öffentlichen Verwaltung verbessern lässt.

Abbildung 1.9. **Die Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen ist größer als das Vertrauen in die Regierung (2012)**



Anmerkung: Der OECD-Durchschnitt beruht für alle Länder auf Daten von 2012, außer für Chile, Deutschland, Japan, Mexiko, Korea und das Vereinigte Königreich, für die sich die Daten auf 2011 anstelle von 2012 beziehen. Die Daten zur nationalen Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten zum Justizsystem beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit dem Justizsystem und den Gerichtshöfen?“ Die Daten zur örtlichen Polizei beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie Vertrauen in die Polizei Ihres Ortes/Ihrer Umgebung oder nicht?“ Die Daten zum Bildungswesen beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Zufrieden“ auf die folgende Frage antworteten: „In der Stadt oder der Region, in der Sie leben, sind Sie zufrieden oder nicht zufrieden mit dem Bildungssystem oder den Schulen?“ Die Daten zum Gesundheitswesen beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Zufrieden“ auf die folgende Frage antworteten: „In der Stadt oder der Region, in der Sie leben, sind Sie zufrieden oder nicht zufrieden mit der Verfügbarkeit von guter Gesundheitsversorgung?“
Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940892>

Kapitel 9 zur Qualität der öffentlichen Dienstleistungen beruht auf einem allgemeinen Rahmen für die Dienstleistungsqualität (Tabelle 1.2). Das Kapitel baut auf den bestehenden Indikatoren für die Dienstleistungsqualität auf, die entsprechend den wichtigsten Aspekten der Qualität dargestellt sind: Zugang, Zeitgerechtigkeit, Verlässlichkeit und Zufriedenheit mit den Dienstleistungen. Darüber hinaus werden auch Daten zur Inanspruchnahme internetgestützter staatlicher Dienstleistungen dargestellt, da Regierung und Verwaltung, Unternehmen sowie Bürger solche zunehmend nutzen. Diese Aspekte der Dienstleistungsqualität überschneiden sich mit einigen wichtigen Aspekten der Staats- und Verwaltungsführung, die für Bürger wichtig sind, z.B. Inklusivität (Zugang), Bürgerorientierung und Verlässlichkeit. Da es viele Facetten dieser wichtigen Aspekte der Qualität gibt, wird in einem ersten Versuch für jeden der vier Politikbereiche eine Facette dargestellt, sofern Daten vorliegen: Erschwinglichkeit, Zeitgerechtigkeit, Angemessenheit und geäußerte Zufriedenheit mit den Dienstleistungen.

Integrität: ein Querschnittsthema

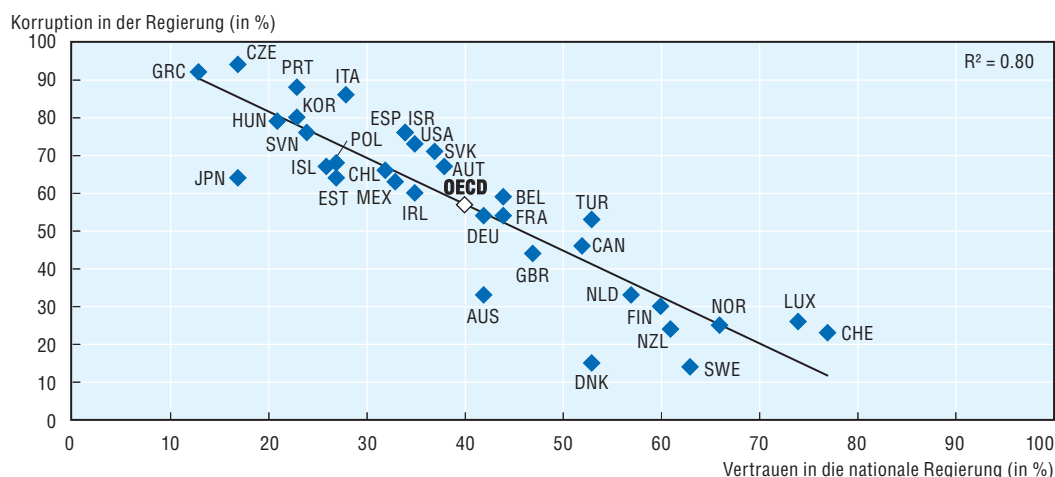
Integrität scheint für das Vertrauen in den Staat von grundlegender Bedeutung zu sein, da die Korrelation zwischen der Wahrnehmung von Korruption und dem Vertrauen in den Staat hoch ist (Abbildung 1.10). Werkzeuge und Mechanismen, die der Schaffung von Integrität dienen und grundlegende Prozesse der Staats- und Verwaltungsführung sind, zielen auf die Vermeidung von Korruption als Ergebnis und auf die Förderung hoher Verhaltensstandards ab, was dazu beiträgt, die Glaubwürdigkeit und Legitimität der an der politischen Entscheidungs-

Tabelle 1.2. **Rahmen für die Dienstleistungsqualität**

| Zugang | Bürgerorientierung | Verlässlichkeit | Zufriedenheit |
|--|--|--|---------------------------------------|
| Erschwinglichkeit | Zeitgerechtigkeit | Angemessenheit/Kompetenz/Kundenrechte (Möglichkeiten, Beschwerden vorzubringen, Vorschläge einzureichen, Unterstützung und/oder Entschädigung zu erhalten) | Geäußerte Zufriedenheit (Wahrnehmung) |
| Geografische Nähe | „Anpassung“ der Dienstleistungen an den Bedarf | Greifbarkeit (Anlagen, Maschinen usw.) | Geäußertes Vertrauen (Wahrnehmung) |
| Anpassungsmaßnahmen für Personen mit Behinderungen | Kundendienst (Freundlichkeit und Behandlung) | Einheitlichkeit/Gerechtigkeit | |
| Anpassung an andere Kulturen (z.B. Sprachen usw.) | Integrierte Dienstleistungen (über die verschiedenen Erbringungskanäle hinweg) | Sicherheitsmaßnahmen (Vertraulichkeit, Sicherheit) | |
| Zugang zu elektronischen Dienstleistungen (digitale Kluft) | | | |

Abbildung 1.10. **Augen auf bei Korruption!**

Korrelation zwischen dem Vertrauen in die nationale Regierung und der Wahrnehmung staatlicher Korruption (2012)



Anmerkung: Die Daten zum Vertrauen in die nationale Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/ Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit der nationalen Regierung?“ Die Daten zur Wahrnehmung der Korruption in der Regierung beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Ist Korruption in der Regierung weit verbreitet oder nicht?“ Die Daten für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012.

Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940911>

findung beteiligten Akteure zu stärken, die öffentlichen Interessen zu wahren und ein neues Gerechtigkeitsgefühl im Hinblick auf Politikentscheidungen zu bewirken. Politikinstrumente an der Schnittstelle zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, wo das Risiko hoch ist – einschließlich eines effektiven Managements von Interessenkonflikten, hoher Verhaltensstandards im öffentlichen Sektor und angemessener Vorschriften für die Lobbyarbeit und die Politikfinanzierung –, können so eingesetzt werden, dass unzulässige Einflussnahme begrenzt wird und Sicherheitsmechanismen eingerichtet werden, um das öffentliche Interesse zu schützen.

Diese Publikation enthält Indikatoren für Praktiken der Staatsführung und -verwaltung, die auf die Verbesserung der *Integrität* der Regierung und Verwaltung abzielen: Kapitel 8, „Interessenkonflikte und Offenlegung von Vermögen“, Kapitel 8, „Haushaltstransparenz“, und Kapitel 7, „Fairer Wettbewerb im öffentlichen Beschaffungswesen und unter KMU“.

Schlussbetrachtungen

Die Erfahrung der institutionellen Herausforderungen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise der jüngsten Vergangenheit hat zur Entstehung einer Vielzahl von Forschungsarbeiten über die Rolle der Staaten in modernen Volkswirtschaften und Gesellschaften beigetragen. Die Rolle, die dem Vertrauen in diesem Zusammenhang zukommt, wird von der politischen Führung wie auch von Wissenschaftlern zunehmend als das potenziell fehlende Element für ein besseres Krisenmanagement und bessere Ergebnisse identifiziert.

Das Vertrauen in den Staat zu verstehen und zu verbessern, scheint eine umfassende, sektorübergreifende Agenda zu erfordern, die mittelfristig ausgerichtet ist und in die zahlreiche Akteure einbezogen werden. Erstens ist es notwendig, eine umfassendere Messgröße für das Vertrauen in den Staat zu entwickeln sowie die Bestimmungsfaktoren für das Vertrauen besser zu identifizieren. Hierfür muss sich unser Verständnis und unsere Kenntnis des Konzepts des Vertrauens und insbesondere des Vertrauens in den Staat verbessern. Darüber hinaus wäre eine regelmäßige international vergleichbare Messung des Vertrauens der Bürger und Unternehmen in den Staat notwendig. Dies ließe sich durch eine (oder mehrere) neue Erhebung(en) erzielen, bei der Elemente bestehender Erhebungen miteinander kombiniert werden, oder durch die Verbesserung bestehender Erhebungen (im Hinblick auf ihre Repräsentativität, das Erhebungsdesign sowie durch Berücksichtigung der im Anhang aufgeführten Fragen und Antwortskalen). Gegenwärtig ist kein nationales Statistikamt mit der Messung des Vertrauens in den Staat befasst.

Zweitens sind weitere Arbeiten an einem analytischen Rahmen erforderlich, gefolgt von weiterentwickelten ökonomischen Methoden, damit die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in den Staat und den verschiedenen staatlichen Institutionen sowie Aspekten staatlichen Handelns eingehender untersucht werden können, um Schlüsse zu ziehen, die auf Bereiche hindeuten könnten, in denen staatliches Handeln sinnvoll sein kann. Besonders wichtig ist es, dass wir verstehen, auf welche Art und Weise sich die verschiedenen staatlichen Ebenen und Institutionen auf das Vertrauen in den Staat auswirken, wobei zunächst zu untersuchen wäre, welche Rolle die politische Führung der einzelnen Länder, die verschiedenen Politiksektoren und die für die Dienstleistungserbringung zuständigen Stellen auf Ebene der nachgeordneten Gebietskörperschaften spielen, wenn Entscheidungen getroffen, übermittelt und umgesetzt werden, und welche Verantwortung sie für diese Entscheidungen jeweils tragen. Die OECD könnte bei der Entwicklung internationaler Vergleiche behilflich sein und die Länder dabei unterstützen, sich in Bezug auf Strategien und Maßnahmen gegenseitig auszutauschen, mit denen das Vertrauen in den Staat erfolgreich zurückgewonnen wurde. Ein Vorläufer für diese Arbeiten könnten länderspezifische Fallstudien sein, die u.a. im Rahmen der Public Governance Reviews der OECD durchgeführt werden.

Am wichtigsten ist jedoch, dass ein neuerliches Augenmerk auf Vertrauen in den Staat eine neue Perspektive in die öffentliche Governance einbringen kann, wodurch die Rolle der Bürger gestärkt wird. Auf institutioneller Ebene dürfte dies den Gedanken eines *Gesellschaftsvertrags* zwischen den Bürgern und dem Staat verstärken, wobei erstere ihren Beitrag nicht nur durch die Entrichtung von Steuern und die Einhaltung der Gesetze leisten, sondern auch durch die Annahme staatlicher Politikmaßnahmen sowie durch Mitwirkung bei ihrer Gestaltung und Umsetzung. Um solche Unterstützung von den Bürgern zu erlangen, müssen Regierung und Verwaltung indessen inklusiver, transparenter, aufnahmefähiger und effizienter werden. Die entscheidende Rolle, die

Vertrauen bei effektiven staatlichen Maßnahmen zukommt, zu erkennen und besser zu verstehen, dürfte den Regierungen dabei helfen, ihre Politik- und Reformagenden besser zu gestalten, wodurch für alle bessere Ergebnisse erzielt würden.

Anmerkungen

1. Vgl. GOV/PGC(2013)1 ([www2.oecd.org/oeceinfo/info.aspx?app=OLIScoteEN&Ref=GOV/PGC\(2013\)1](http://www2.oecd.org/oeceinfo/info.aspx?app=OLIScoteEN&Ref=GOV/PGC(2013)1)).
2. Die vorliegende Publikation enthält – im online verfügbaren Anhang „Country Contextual Factors Annex“ – grundlegende Informationen über die politischen Institutionen sowie die Staatsstruktur jedes Mitgliedslandes. Wie diese Institutionen funktionieren, ist in den Indikatorenkapiteln dieser Publikation dargestellt.

Literaturverzeichnis

- Aghion, P., Y. Algan, P. Cahuc und A. Shleifer (2010), „Regulation and distrust“, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 125(3), Oxford, S. 1015-1049.
- Algan, Y. und P. Cahuc (2010), *Handbook of Economic Growth*, Vol. 1, North-Holland Publishing, Amsterdam.
- Blind, P.K. (2007), „Building trust in government in the twenty-first century: Review of literature and emerging issues“, in *7th Global Forum on Reinventing Government Building Trust in Government*, S. 26-29.
- Bouckaert, G. (2012), „Trust and Public Administration“, *Administration*, Vol. 60, No. 1, S. 91-115.
- Bouckaert, G. und S. van de Walle (2003), „Comparing measures of citizen trust and user satisfaction as indicators of 'good governance': Difficulties in linking trust and satisfaction indicators“, *International Review of Administrative Sciences*, Vol. 69(3), S. 329-344.
- Dalton, R.J. (2005), „The social transformation of Trust in Government“, *International Review of Sociology*, Vol. 15, No. 1, März, S. 133-154.
- Dasgupta, P. (2009), „A Matter of Trust: Social Capital and Economic Development“, Präsentation für die Annual Bank Conference on Development Economics (ABCDE), Seoul, Juni.
- Easton, D. (1965), *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley, New York.
- Fukuyama, F. (1995), *Trust: the Social Virtues and the Creation of Prosperity*, Free Press, New York.
- Gyorffy, D. (2013), *Institutional Trust and Economic policy*, Central European University Press, Budapest.
- Johnston, W., H. Krahn und T. Harrison (2006), „Democracy, Political Institutions, and Trust: The Limits of Current Electoral Reform Proposals“, *The Canadian Journal of Sociology*, Vol. 31.2, S. 165-182.
- Kampen, J.K., S.V. De Walle und G. Bouckaert (2006), „Assessing the relation between satisfaction with public service delivery and trust in government: The impact of the predisposition of citizens toward government on evaluations of its performance“, *Public Performance and Management Review*, Vol. 29(4), S. 387-404.
- Knack, S. und P.J. Zak (2003), „Building trust: Public policy, interpersonal trust, and economic development“, *Supreme Court Economic Review*, No. 10, S. 91-107.
- Knack, S. und P. Keefer (1997), „Does social capital have an economic payoff? A cross country investigation“, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 112(4), Oxford, S. 1251-1288.
- Murphy, K. (2004), „The role of trust in nurturing compliance: A study of accused tax avoiders“, *Law and Human Behavior*, Vol. 28(2), S. 187-209.
- Nooteboom, B. (2006), *Social Capital, Institutions and Trust*, Tilburg University.
- Putnam, R. (2000), *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, Simon and Schuster, New York.

Internationale Erhebungen, in denen das Vertrauen in den Staat gemessen wird: Weblinks

Gallup World Poll: www.gallup.com/strategicconsulting/en-us/worldpoll.aspx.

World Values Survey: www.worldvaluessurvey.org.

Eurobarometer: www.ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm.

Edelman-Trust-Barometer: www.edelman.com/insights/intellectual-property/trust-2013.

Latinobarómetro: www.latinobarometro.org.



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Vertrauen in den Staat, Wirksamkeit des staatlichen Handelns und die Governance-Agenda", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-6-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.